

Dialektik als Algebra der Revolution

Zum 84. Geburtstag des marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz

Der russische Philosoph und Publizist Alexander Herzen (1812–1870), wegen zarenkritischer Äußerungen verhaftet, verurteilt und einige Jahre verbannt, bezeichnete die Dialektik Hegels als Algebra der Revolution. Diesen Gedanken greift der politisch engagierte marxistische Theoretiker Hans Heinz Holz im ersten Band seiner geplanten Trilogie zur Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie auf. Er verfolgt den Übergang von der idealistischen Philosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels (1770–1831) als einer Theorie der Revolution zu der von Karl Marx begründeten Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie in der gesellschaftlichen Praxis.

Ist Marx überhaupt noch aktuell?

Der Autor bemerkt dazu: „Die Wende hat sich gewendet. Der Wind hat sich gedreht. Ich meine das nicht meteorologisch. Die es 1989/90 für opportun hielten, Marx in die Rumpelkammer der Geschichte zu verbannen, stellen jetzt erstaunt seine ungebrochene Aktualität fest. Man sieht, Opportunismus ist gesund, er hält die Halsmuskeln geschmeidig.“ (S. 220)

Finanz- und Wirtschaftskrise führen nachdenkliche Menschen, die Zusammenhänge erkennen wollen, zur Analyse gegenwärtiger Gesellschaftsentwicklung. Manche, die ihre früheren Studien zum Marxismus nicht ganz vergessen haben, erinnern sich nun an die Marx'schen Erkenntnisse über den Kapitalismus, an seine dialektische Theorie und Methode, an seine humane Vision einer Assoziation freier Individuen. Es ist die kapitalistische Globalisierung mit ihren antihumanen Auswirkungen, die eine Rückbesinnung auf den Marxismus erzwingt. Dieser hat sich dabei auf neue Bedingungen einzustellen, wenn er die Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen untersucht. Er hat keine fertigen Antworten auf die gegenwärtigen Fragen, doch er stellt das theoretische und methodische Instrumentarium zur Verfügung, mit dem Probleme formuliert, Szenarien zur Lösung angeboten und Zukunftsvisionen von einer humanen Gesellschaft mit anschaulichen, einsichtigen und realisierbaren Idealen begründet werden können, um das gegenwärtige Utopie-Defizit zu überwinden. Der Autor betont: „Die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus

ist kein Ergebnis, das ein für allemal feststeht, sondern eine Richtschnur, an der sich politische Arbeit immer wieder orientieren muß.“ (S. 226) So ist der Weg von der Utopie zur Wissenschaft unter neuen Bedingungen immer neu zu beschreiten. Politik orientiert sich



dabei zuerst an Interessen. Nur, wer eine Humanisierung der Gesellschaft anstrebt, wird sich mit den entsprechenden theoretischen Grundlagen befassen, um der gegenwärtig vorherrschenden Stückwerktechnologie zu entgehen und klare programmatische Zielvorgaben für das Handeln zu entwickeln.

Marx hatte schon 1845 in seiner 11. These über Ludwig Feuerbach formuliert, daß die Philosophen die Welt bisher nur verschieden interpretiert hätten, es jedoch darauf ankomme, sie zu verändern. Mit Friedrich Engels arbeitete er diesen Gedanken zu einer materialistischen Geschichtsauffassung weiter aus. Es gehört zum Abc des Marxismus, daß Marx damit die Hegelsche Dialektik vom Kopf auf die Füße stellte, indem er die Begriffsdialektik als Abbild des wirklichen Geschehens sah und die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse als Basis menschlichen Handelns begriff, wobei die Theorie zur materiellen Gewalt wird, sobald sie die Massen ergreift. Die Arbeit zur Befriedigung der Bedürfnisse und die konkret-historische gesellschaftliche Organisation der Arbeit erwiesen und erweisen sich als bewegendes Prinzip der Gesellschaftsveränderung.

Hans Heinz Holz thematisiert diesen Zusammenhang von Erkennen, Planen und Handeln, wenn er über die dialektische Philosophie schreibt: „Wenn

sich Philosophie, indem sie Philosophie ist, als Politik – eingreifend nicht nur als Denken über Politik begreifend –, erweist, dann muß in den Basiskategorien der Philosophie ihre politische Bedeutung enthalten sein und in der Ausführung spezifisch philosophischer

Probleme zutage treten.“ (S. 9) Lenin habe deshalb den Marxisten als Grundlagenstudium die Hegelsche Dialektik als Algebra der Revolution auferlegt, wobei dieses Denken „bei Marx, Engels und Lenin sich zur Triebkraft der Revolution wandelte und in der Oktoberrevolution zur weltverändernden Aktion wurde“. (S. 26) In differenzierten kategorialen Analysen zeigt Hans Heinz Holz, daß die Philosophie von Hegel, vor allem in ihrer dialektischen Form, das Recht auf revolutionäre Veränderung begründe.

Wer sich mit den philosophiehistorischen Wurzeln der weltverändernden Rolle des Marxismus befassen will, sollte das Buch lesen.

Bereitschaft zu gedanklichen Anstrengungen ist gefordert. Das liegt nicht im derzeitigen offiziellen Trend, die Öffentlichkeit zu einer Talk-Gesellschaft umzufunktionieren, in der für das zu behandelnde brisante Thema meist wenig kompetente Prominente ohne Entscheidungsbefugnis ihre Meinung äußern, während die von den wirtschaftlich Mächtigen im Hintergrund aufgestellten Sollsätze in Ist-Bestimmungen durch die ihnen hörigen Politiker umgewandelt werden. Es ist die Überinformation durch Massenmedien und Internet, die den Blick auf das Wesentliche verstellt. Ein erforderliches kritisches Sozialbewußtsein braucht fundiertes Wissen, um in der Informationsflut geistig nicht zu ertrinken. Wer sich der von manchen Medien verbreiteten Lust an Sensationen hingibt, wird in den personalisierten Nachrichten über Promis, vom Fußballstar über Pop-Ikonen bis zu Adligen, von den brennenden Problemen unserer Zeit, von militärischen Konflikten, sozialen Auseinandersetzungen, der wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen, dem nun ohne Korrektive durch sozialistische Länder erfolgenden Sozialabbau in Europa, abgelenkt. Theoretische Einsichten als Aktionswissen zur humanen Gestaltung der Gesellschaft werden zur Mangelware. Erfolge werden propagiert und Mißerfolge kleingeredet. Das Bestehende sei das Beste, wird suggeriert.

Doch die Einsicht wächst, daß die sich türmenden Probleme neuer Lösungen bedürfen. Hans Heinz Holz stellt fest: „Aber die Empirie verfehlt, weil sie an der Oberfläche der Erscheinung bleibt, gerade die Wahrheit der Sache, das in ihr erscheinende wesentliche Verhältnis. Soziologische, politologische Empirie genügt nicht zur handlungsorientierenden Erkenntnis. Theorie als Moment der Praxis ist nicht deskriptive Faktenwissenschaft, sondern philosophische Wesenswissenschaft.“ (S. 210) Das weist er auf einem hohen philosophischen Niveau für den Übergang von Marx zu Hegel nach.

Was erwartet einen Lernbegierigen, wenn er das Buch lesen will?

In einem Vorspiel wird, wie bei dem Kenner der Leistungen des Universalgelehrten Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) nicht anders zu erwarten, die Traditionslinie von Leibniz über Hegel zu Marx verfolgt. Leibniz habe den Gedanken einer einheitlichen veränderlichen Welt entwickelt, den Hegel als Idee des spiralen Fortschritts aufnahm, wodurch Grundlagen für die spätere marxistische Theorie vom dialektischen Gesamtzusammenhang gelegt wurden, in der Mechanismen, Quelle und Richtung der Entwicklung bestimmt sind und als methodisches Instrumentarium zur Analyse der Wirklichkeit genutzt werden können. Nachdem in der Einleitung das Novum der Hegelschen Philosophie und seine Wirkung dargestellt wird, folgen drei Hauptstücke, die sich mit dem Verhältnis von Spekulation und Praxis als Rechtfertigung eines praxisrelevanten philosophischen Denkens, mit Recht, Staat und Freiheit als den Inhalten der politischen Metaphysik bei Hegel und dem Übergang von der Theorie zur materiellen Gewalt befassen.

Der Autor würdigt das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels als geschichtsphilosophische Analyse, als ein historisches Dokument der Arbeiterbewegung, versteht es jedoch zugleich als politischen Appell, wodurch es sich als Text aktueller politischer Orientierung erweise. So gäbe es erstens „keine ökonomische Notwendigkeit, die den Sozialismus ohne Zutun der Menschen hervorbrächte; wohl aber ist die Alternative Sozialismus oder Barbarei unausweichlich, ein Drittes daneben ist ausgeschlossen, denn der Kapitalismus bringt die Barbarei, die Funktionalisierung des Menschen zur Sache und zur Ware, notwendig hervor; und die Aufhebung des Kapitalismus kann nur in der Aufhebung der Existenzbedingungen des Kapitalismus, des privaten Eigentums an den

Produktionsmitteln geschehen. (S. 226) Das Subjekt der Gesellschaftsverände-



Hans Heinz Holz bei der Rostocker RF-Regionalgruppe

rung sei die existierende Arbeiterklasse, zu der alle Lohnabhängigen gehörten, denn, das sei die zweite grundlegende Feststellung des Manifests: Es gäbe nur noch zwei antagonistische Klassen, die Kapitaleigentümer und die Lohnabhängigen. „Diktatur des Proletariats“, als Begriff oft mißverstanden, besage „nichts anderes, als daß in der Epoche des Über-



Marx-Grab im Londoner Highgate-Friedhof

gangs zum Sozialismus die neuen Produktionsverhältnisse dadurch gesichert werden müssen, daß die Arbeiterklasse die politische Macht, also die Staatsgewalt ausübt, und daß sie dies nur kann, wenn sie sich dabei auf den stillschweigenden Konsens der Mehrheit und auf die ausdrückliche Kooperation von Bündnispartnern stützt.“ (S. 228)

Damit ist eine wichtige Problematik skizziert, die in der nur in groben Umrissen erfolgten Darstellung noch verborgen ist. Wie sieht es mit der sozialen Differenzierung innerhalb der Lohnabhängigen aus? Mit den Managern und Finanzhais, die mit ihren hohen Gehältern und Bonuszahlungen zwar Lohnabhängige sind und doch zu den Reichen dieser Welt gehören, wird es wohl kein Bündnis für die Durchsetzung einer anti-kapitalistischen Alternative geben. Außerdem ist, neben der sozialen Differenzierung in einem Land, die mit der kapitalistischen Globalisierung verbundene wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern zu analysieren. Weitere Fragen sind zu beantworten: Wird der europäische Arbeitslose den Ausländer, der einen seiner möglichen Arbeitsplätze besetzt, als Bündnispartner sehen? Wie

ordnen wir die soziokulturellen Differenzen, die sich einem unterschiedlichen Wertekanon von Ethnien und Kulturkreisen ausdrücken, in die soziale Schichtung ein? Wenn wir von der Alternative, Aufbau einer humanen Gesellschaft oder Barbarei ausgehen, dann ist das mögliche Protestpotential gegen Antihumanismus zu bestimmen. Da sich Hans Heinz Holz in diesem Buch mit dem Übergang von Hegel zu Marx als der ersten Phase der Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie befaßt, werden wir in den folgenden Bänden Antworten auf Fragen finden, die in diesem Band als Probleme zwar formuliert, doch noch nicht einer Lösung zugeführt sind. Er schreibt: „Die zweite Phase umfaßt die Verwandlung der Philosophie als bewußte Reflexion (Reflexion der Reflexion) des revolutionären Kampfes in ein Moment und Instrument der gesellschaftlichen Praxis.“

In der dritten Phase, in die wir jetzt eintreten, werden die Funktionen der Philosophie für die Ausarbeitung einer praxisorientierten wissenschaftlichen Weltanschauung entwickelt werden müssen.“ (S. 8) Von den philosophiehistorischen Wurzeln wird es also zum Stamm des Marxismus als einer Theorie der humanen Umgestaltung der Gesellschaft gehen, um dann als schmückendes Laub etwas über die neuen Funktionen der Philosophie in unserer Zeit zu erfahren. Gespannt darf man deshalb auf die folgenden zwei Bände sein.

Prof. Dr. Herbert Hörz

Hans Heinz Holz: Die Algebra der Revolution. Von Hegel zu Marx. Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie, Band 1, Berlin, Aurora-Verlag 2010, 288 Seiten, 24,95 €

Als Heinrich Mann den Vorsitz übernahm

Im Pariser Hotel Lutetia entstand die Keimzelle einer deutschen Volksfront

Das Pariser Luxushotel Lutetia ist an die israelische Gruppe Alrov verkauft worden. Diese Erwerbung trägt Symbolcharakter, weil das Etablissement während der Naziokkupation beschlagnahmt worden war und Überlebende der Konzentrationslager nach deren Befreiung beherbergte.“

Diese Meldung erschien am 8. August 2010 in der französischen Zeitung „Sudouest“. Zur israelischen Gruppe Alrov und darüber, was sie mit dem Hotel vorhat, verlautete nichts.

In der BRD blieb die Nachricht unbenutzt und deshalb auch unkommentiert. Dabei hätten wir Deutschen allen Grund, uns gerade an das Hotel Lutetia zu erinnern. Das soll im Folgenden geschehen.

Im Lutetia (es handelt sich um die römische Bezeichnung für das alte Paris) traf sich am 26. September 1935 eine Reihe deutscher Antifaschisten, die aus Hitlers Machtbereich in die französische Emigration hatten entkommen können, zu einer Beratung. Am Tisch saßen 22 Sozialdemokraten, vier Kommunisten und 25 Anhänger anderer Parteien und Strömungen.

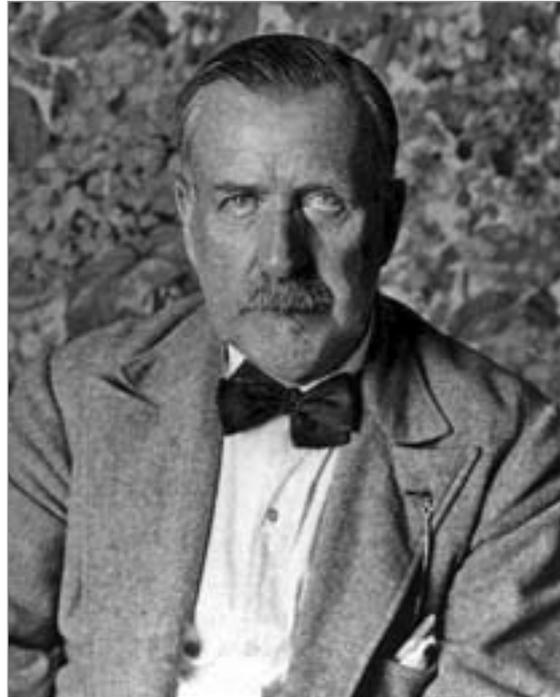
Es war die seit 1933 größte Versammlung von Nazigegegnern unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Richtungen. Die Gruppe gab sich den Namen Lutetia-Kreis und ist so auch in die bewegte und bewegende Geschichte des Exils der Jahre 1933–1945 eingegangen.

Die Diskussionen im Lutetia verliefen äußerst kontrovers und zugespitzt. Vor allem das Auftreten und die Vorschläge des SPD-Politikers Max Braun sorgten für Irritationen. Ein Chronist bemerkte dazu: „Seine Motive waren weniger auf die Schaffung einer deutschen Volksfront gerichtet als vielmehr darauf, den Einfluß der Kommunisten bei der Sammlung der antifaschistischen deutschen Opposition zurückdrängen.“

Um nicht gänzlich ohne Ergebnis auseinanderzugehen und die weitere Arbeit des Kreises sicherzustellen, einigte man sich auf die Einrichtung und Unterhaltung eines Büros. Ihm gehörten Heinrich Mann als Leiter, Georg Bernhard, Max Braun, Emil Julius Gumbel, Otto Klepper, Willi Münzenberg und Leopold Schwarzschild an. Dem Büro wurde die Aufgabe übertragen, weitere Zusammenkünfte zu organisieren.

In die Diskussion schaltete sich entsprechend den Beschlüssen der unter strenger Geheimhaltung im Oktober 1935 bei Moskau abgehaltenen „Brüsseler Konferenz“ der KPD, die auf die Vereinigung

aller Hitlergegner orientiert hatte, auch deren Politbüro ein. Es übermittelte eine „Konzeption ... für die folgenden Zusam-



Beherrzter Antifaschist: Heinrich Mann

menkünfte in diesem Kreis“. Das Dokument der KPD endete mit den Worten: „Wir schlagen vor, die Beratungen regelmäßig weiterzuführen, jedoch im Sinne einer fortlaufenden Stellungnahme zu den aktuellsten Fragen, die das deutsche Volk bewegen.“ Am 22. November 1935 fand



Der „Tatort“: Hotel Lutetia

eine zweite, diesmal bedeutend größere Zusammenkunft des Lutetia-Kreises statt. An ihr nahmen elf Sozialdemokraten, sechs Funktionäre der KPD, zwei SAP-Mitglieder sowie mehrere bürgerliche Politiker und antifaschistisch gesinnte Schriftsteller, insgesamt 44 Personen, teil. – Das Fehlen und die prinzipiell ablehnende Haltung

des Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid der Bewegung gegenüber wirkten sich zunächst hemmend auf die Arbeit aus. So kamen auch bei dieser Beratung keine Beschlüsse zustande.

Die von der Nazijustiz angeordnete Hinrichtung des Kommunisten Rudolf Claus, eines Mitglieds der illegalen Reichsleitung der Roten Hilfe Deutschlands, bewirkte indes eine Änderung der Haltung der SPD und wurde zum Ausgangspunkt einer ersten gemeinsamen Protesterklärung von SPD und KPD im Exil. Sie trug die Unterschriften von Hans Beimler, Philipp Dengel, Wilhelm Koenen, Willi Münzenberg, Max Braun, Rudolf Breitscheid, Emil Kirschmann, Max Brauer und Victor Schiff. Heinrich Mann bemerkte dazu: „Das ist der erste gemeinsame Schritt deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten. Es geschah am 20. Dezember 1935. Vermerken wir den Tag, den spätere Geschichtsberichte nennen werden. An ihm vollzog sich tatsächlich die Einheitsfront der Sozialisten, mit ihr aber beginnt die Volksfront der Deutschen.“

Hier taucht erstmals bei deutschen Politikern und Intellektuellen der Begriff „Volksfront“ auf. Er wurde bald zum Synonym für das Bestreben, die unterschiedlichsten Kräfte im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zusammenzuführen. Doch die kontroversen Diskussionen und lebhaften Auseinandersetzungen im Lutetia-Kreis verstummten damit nicht. Im Gegenteil: Sie nahmen beständig und an Schärfe zu.

Wortführer waren vor allem die auf sektiererischen Positionen stehenden revolutionären Sozialisten, die in ihren Richtlinien zur Volksfront die Schaffung einer straff organisierten proletarischen Einheitspartei forderten. Georg Bernhard entwarf eine Verfassung für das „Vierte Reich“, Leopold Schwarzschild schrieb im Februar 1936 den „Entwurf eines Einigungsabkommens und Konzepts einer Grundgesetzgebung für das Deutschland nach Hitler“. Emil Julius Gumbel formulierte ein „Minimalprogramm der Deutschen Volksfront“.

In dieser recht aufgeheizten Atmosphäre kam es am 1. Februar 1936 zu einem Vorbereitungstreffen von Vertretern der SPD, der KPD und der SAP. Es ging um eine neue Konferenz des Lutetia-Kreises, die nur einen Tag später, wiederum im Hotel, stattfand. Nunmehr wurden 100 Teilnehmer gezählt. Sie berichteten dann übereinstimmend, die Beratung sei durch eine zumeist sachliche Diskussion gekennzeichnet gewesen. In verschiedenen Fragen erreichte man

eine Annäherung der Standpunkte. Einstimmig konnte ein Aufruf verabschiedet werden, in dem die faschistische Kriegspolitik verurteilt und der Zusammenschluß aller Friedenskräfte gefordert wurden. In der Folgezeit verbesserte und erweiterte sich das Miteinander von deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten in Frankreich. Auch Rudolf Breitscheid entschied sich nun für eine ständige Mitarbeit im Lutetia-Kreis. Die hinzustoßende Saar-Gruppe der SPD stärkte ebenfalls das Bündnis.

Zugleich wurden aber auch gegenläufige Tendenzen immer offenkundiger. Die an Schärfe zunehmenden Polemiken betrafen neben den unmittelbaren Zielen und Aufgaben der antifaschistischen Kräfte in der Emigration vor allem die Frage der politischen und sozialen Gestaltung Deutschlands nach Überwindung der Hitlerdiktatur. Hier traten extrem unterschiedliche Vorstellungen zutage. Daher konnte auf der Konferenz auch keine Einigung zu dieser elementaren Thematik erzielt werden. Man verständigte sich schließlich auf die Bildung einer Arbeitsgruppe. Diese wurde beauftragt, eine politische Plattform zur Sammlung aller Oppositionsgruppen und ein Programm für die Gestaltung des künftigen Deutschlands zu entwerfen.

In zeitlicher Parallelität dazu fand Anfang März 1936 eine Beratung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit Vertretern der KPD zur Schaffung einer deutschen Volksfront statt. Im Mai 1936 traten in die Mitteilungsheften der Pariser Deutschen Freiheitsbibliothek neben Max Seydewitz, Victor Schiff, Heinrich Mann, Walter Ulbricht und Willi Münzenberg auch Georg Bernhard und Rudolf Breitscheid mit eindeutigen Plädoyers für die Volksfront auf. Der Gedanke, sich in ihr zusammenzuschließen, fand dadurch unter den in das Exil getriebenen Antifaschisten große Zustimmung.

Am 22. April 1936 beschloß der Lutetia-Kreis auf Drängen Heinrich Manns die Bildung eines Exekutivorgans aus 15 Personen. Das war ein weiterer Versuch, die Wirksamkeit der Arbeit zu verbessern und in anderen Ländern Mitstreiter zu gewinnen. Diese Entwicklung veranlaßte Wilhelm Pieck in einem Brief an Heinrich Mann zu der Bemerkung: „Ich verfolge mit großem Interesse Ihre Arbeit im sogenannten Lutetia-Kreis, mit der Sie uns sehr bei der Schaffung einer Volksfront gegen Krieg und Faschismus helfen.“

Es gilt, auf ein weiteres wichtiges Ergebnis dieser Bemühungen hinzuweisen: den gemeinsamen Aufruf „Seid einig, einig gegen Hitler!“, der am 24. Mai 1936 in allen bedeutenden Exilzeitungen deutscher Antifaschisten veröffentlicht wurde. Er richtete sich gegen die Aufrüstungspolitik der Nazis und die Besetzung des



Ehrung eines Märtyrers der SPD

Rheinlandes. Unterzeichner waren alle relevanten Emigrantenorganisationen und Einzelpersonlichkeiten.

In dieser Situation entschloß sich die KPD zu einer Sitzung ihres Politbüros in Paris. Sie fand vom 10. bis 24. Juni 1936 statt. Den wichtigsten Tagesordnungspunkt bildeten die „Richtlinien für die Ausar-



Der Kommunist Wilhelm Pieck

beitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront“. Das von Wilhelm Pieck entworfene Dokument wurde am 16. Juni einer Kommission des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ zur Diskussion übergeben. Seine erste und wichtigste Feststellung lautete: „Der Sturz der faschistischen Diktatur ist angesichts der von ihr zur Sicherung ihrer Herrschaft geschaffenen Machtmittel eine so gewaltige Aufgabe, daß keine der antifaschistischen Parteien mit ihren Anhängern allein die Kraft dazu hat. Diese Aufgabe kann nur

im Zusammenwirken aller antifaschistischen Parteien und Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten durch die Schaffung der deutschen Volksfront erfüllt werden.“ Als deren wichtigste Aufgabe bezeichnete die KPD den Kampf für Frieden, Völkerversöhnung, kollektive Sicherheit, Abrüstung, Freiheit und Demokratie. In einem weiteren Abschnitt wurden die „Staatsgrundsätze des neuen deutschen Reiches“ formuliert. Der Programmentwurf für die deutsche Volksfront vereinte – ganz im Sinne von Marx und Engels – die aktuellen Aufgaben des antifaschistischen Widerstandes mit der Perspektive des Kampfes für den Sozialismus. Die Richtlinien waren eine geniale Umsetzung der vom VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der „Brüsseler Konferenz“ der KPD entwickelten und beschlossenen Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus.

Wilhelm Pieck stellte in Gesprächen und Begegnungen noch während der Juni-Tagung des Politbüros den im Lutetia-Kreis zusammengeschlossenen Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten, unter ihnen Paul Hertz, Wilhelm Ferl, Siegfried Aufhäuser, Friedrich Stampfer, Rudolf Breitscheid, Alexander Schiffrin, Jakob Walcher, Paul Frölich und Rosi Wolfstein, die Vorschläge der KPD persönlich vor. Auch Heinrich Mann – die Zentralfigur des Lutetia-Kreises – und Leopold Schwarzschild waren für ihn wichtige Gesprächspartner. Dabei wurde – und darin besteht das Fazit – in allen wesentlichen Fragen der 1936 aktuellen Strategie und Taktik des Kampfes gegen den Faschismus und in bezug auf die demokratischen Grundlagen nach seiner Beseitigung Übereinstimmung festgestellt.

Und auch das war eine der Konsequenzen: Seit dem 9. Juni 1936 nannte sich der Lutetia-Kreis „Ausschuß für die Vorbereitung einer deutschen Volksfront“. Zu seinem Vorsitzenden wurde Heinrich Mann gewählt. Am 19. Oktober 1936 äußerte er sich in einem Brief aus Nizza an die Propagandakommission des Volksfront-Ausschusses so: „Zu dem Entwurf der Richtlinien der KPD erkläre ich meine Zustimmung und glaube, daß sie geeignet wären, eine Plattform der Volksfront vorzubereiten.“

Das alles geschah im Pariser Hotel Lutetia. Es ist zu hoffen, daß dieser historische Ort auch unter den neuen Eigentümern als Erinnerungsstätte erhalten bleibt. Zugleich möge er als Mahnung an die heute lebenden Generationen dienen, im gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Krieg und Neofaschismus nicht nachzulassen.

Dr. Dirk Krüger, Wuppertal